

Mazedonien

Oliver Schwarz

Mit dem Wegfall von Reisebeschränkungen und dem Votum der Kommission für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen hat Mazedonien 2009 zwei entscheidende Hürden im europäischen Integrationsprozess genommen. Obendrein hat die internationale Wirtschaftskrise vergleichsweise weniger Spuren hinterlassen als in anderen Staaten des westlichen Balkans. Doch nach wie vor stellt der Namensstreit mit Griechenland ein anscheinend unüberwindbares Hindernis auf dem Weg Richtung EU-Mitgliedschaft dar.

Inneres und Wirtschaft

Am 11. Juli 2009 hat das mazedonische Parlament die partielle Regierungsumbildung von Ministerpräsident Nikola Gruevski gebilligt. Dieser hatte zuvor die Ressorts Kultur, Landwirtschaft und Finanzen neu besetzt. Das Parlament bestätigte zudem zwei neue stellvertretende Ministerpräsidenten: Vasko Naumovski für Europaangelegenheiten und Vladimir Pesevski für Wirtschaftsfragen.¹ Im Zuge der internationalen Wirtschaftskrise endete 2009 die mehrjährige Wachstumsphase des Landes. In den ersten drei Quartalen sank das mazedonische Bruttoinlandsprodukt um 1,4%. Allein aufgrund der deutlichen wirtschaftlichen Erholung im vierten Quartal hielt sich das Ausmaß der Rezession für das gesamte Jahr mit 0,7% in Grenzen. Verantwortlich hierfür zeigte sich in erster Linie ein relativ stabiler privater Konsum. Zwar hat auch hier das Wachstum im Vergleich zum Vorjahr deutlich nachgelassen, aber immerhin bewegte sich der private Konsum mit 0,2% noch im positiven Bereich. Deutlich negativer wirkte sich die Wirtschaftskrise hingegen auf den mazedonischen Außenhandel aus. Im Vergleich zum Vorjahr brachen die Exporte um 28,4% ein. Besonders empfindlich traf das Land die gesunkene Nachfrage aus der EU, da auf diese mehr als die Hälfte der mazedonischen Ausfuhren entfallen. Mit 28,5% brach zudem der Anteil der mazedonischen Importe im Vergleich zum Vorjahr ein. Infolgedessen hat die in den vergangenen Jahren hohe Investitionsdynamik 2009 einen deutlichen Einbruch erlitten. Insgesamt ging diese um 9,2% zurück. Dies gilt zum Teil auch für die ausländischen Direktinvestitionen in Mazedonien, deren Zuwachs mit 2,9% im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt deutlich niedriger als in den Jahren zuvor ausfiel. Wichtige Impulse für Investitionen gingen daher von der mazedonischen Regierung aus, was die Staatsverschuldung 2009 auf 25% des Bruttoinlandsprodukts anwachsen ließ. Vor dem schwierigen wirtschaftlichen Hintergrund blieb die Arbeitslosigkeit mit 32,4% im vierten Quartal des Jahres 2009 weiterhin auf hohem Niveau.²

Europäische Integration

Nach Jahren der zögerlichen Vorbereitung hat die Kommission im Juli 2009 einen umfassenden Vorschlag für eine Neugestaltung der EU-Visapolitik gegenüber den Westbalkanstaaten vorgelegt.³ Nach dem Vorschlag der Kommission sollten neben Montenegrinern und Serben auch die Bürger Mazedoniens ab dem 1. Januar 2010 visafrei in den Schengen-

1 Vgl. Bohnet, Henri: Regierungsumbildung in Mazedonien (KAS-Länderbericht), Skopje, 16.07.2009.

2 Vgl. European Commission: EU Candidate and Pre-accession Countries' Economic Quarterly, Brüssel, 09.09.2010, S. 9ff.

ner Raum einreisen dürfen. Dieses Privileg war bislang allein den Einwohnern Kroatiens vorbehalten. Dem Kommissionsvorschlag schlossen sich im November sowohl das Europäische Parlament als auch der Ministerrat an, womit die Aufhebung der Visapflicht am 19. Dezember 2009 in Kraft trat.

Einen noch wichtigeren Erfolg konnte Skopje zuvor am 14. Oktober 2009 verbuchen. Im Rahmen der Veröffentlichung ihrer alljährlichen Erweiterungsstrategie und Fortschrittsberichte kam die Kommission zu dem Schluss, sich für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien auszusprechen. Nach der Erlangung des Kandidatenstatus 2005 hatte das Land vergeblich auf den Startschuss zur Eröffnung von Verhandlungen über einen EU-Beitritt gewartet. Der vorwiegend friedliche Verlauf der Präsidentschafts- und Kommunalwahlen im März und April des Jahres 2009, der verbesserte politische Dialog zwischen Regierung und Opposition und eine insgesamt deutlich effizientere Arbeit des mazedonischen Parlaments dürften Brüssel zu einer Neubewertung der Situation veranlasst haben. Die Freude über diese Entscheidung währte in Skopje jedoch nur kurz. So hatte die Kommission in ihrer Verlautbarung ebenfalls deutlich hervorgehoben, dass eine beidseitig akzeptable Lösung im Namensstreit „von grundlegender Bedeutung“ sei.⁴ Eben auf diesen Aspekt fokussierte sich die Diskussion im Ministerrat, der am 8. Dezember 2009 über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu entscheiden hatte. Aufgrund griechischer Vorbehalte kamen die EU-Außenminister lediglich darin überein, sich im Rahmen der kommenden Ratspräsidentschaft erneut mit der Materie zu beschäftigen.⁵

Dabei hatten die zuletzt in Genf, Skopje und Athen stattgefundenen Gespräche unter Leitung des UN-Vermittlers Matthew Nimetz Anlass zu vorsichtigem Optimismus geboten. Nach Medieninformationen hatte Nimetz sich dabei für den Kompromissvorschlag „Republik Nordmazedonien“ ausgesprochen und für diesen von beiden Seiten ermutigende Signale erhalten.⁶ In Athen hatte Anfang Oktober Giorgos Papandreou den bisherigen Amtsinhaber Kostas Karamanlis als Ministerpräsident abgelöst und zugleich auch das Außenministerium übernommen. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger verfügt Papandreou über eine deutliche Regierungsmehrheit im griechischen Parlament. Auch das Verhandlungsmandat der mazedonischen Seite kann als gestärkt gelten, seitdem die Regierung dort den albanischen Koalitionspartner mit in die Besprechungen über die offizielle Verhandlungsstrategie im Namensstreit einbezogen hat. Die Regierung Gruevskis will jedoch über eine endgültige Lösung der Namensfrage im Rahmen eines Referendums entscheiden lassen. Umfragen zufolge, die in der mazedonischen Tageszeitung *Dnevnik* Ende Mai veröffentlicht wurden, sprechen sich 51 Prozent der Befragten für eine Beendigung der Verhandlungen über einen Kompromiss in der Namensfrage aus. Wiederum 48 der Befragten wünschen sich hingegen weitere Verhandlungen. Während nur 36% der ethnischen Mazedonier sich für ein Fortführen der Verhandlungen aussprechen, beträgt die Zustimmung unter der albanischen Bevölkerung 79%.⁷

3 Vgl. European Commission: Proposal for a Council Regulation amending Regulation (EC) No 539/2001 listing the third countries whose nationals must be in possession of visas when crossing the external borders and those whose nationals are exempt from that requirement, COM(2009) 366 final, Brüssel, 15.07.2009.

4 Europäische Kommission: Erweiterungsstrategie und wichtigste Herausforderungen 2009–2010, KOM(2009) 533, Brüssel, 14.10.2010, S. 23.

5 Vgl. Council of the European Union: Enlargement / Stabilisation and Association Process – Draft Council Conclusions, Brüssel, 08.12.2009, S. 11.

6 Vgl. Herold, Frank: Das Ende des Landes FYROM, in: Berliner Zeitung, 25.02.2010, S. 1.

7 Vgl. Balkan Insight: Survey Shows Limited Support for Name Compromise, 26.05.2010.